

FDP Neu-Anspach

NEU-ANSPACH BESCHLIESST BAU-TURBO

23.09.2026



Neu-Anspach beschließt Bau-Turbo

FWG-UBN-Änderungsantrag zum vereinfachten Genehmigungsverfahren fällt als „zu unkonkret“ durch

Neu-Anspach – Der sogenannte „Bau-Turbo“ ist im Herbst 2025 auf Betreiben der Bundesregierung in Kraft getretenes, vereinfachtes rechtliches Verfahren in Deutschland, das den Wohnungsbau und die Wohnraumsicherung deutlich beschleunigen soll. Die Neu-Anspacher Stadtverordnetenversammlung hat sich damit jetzt befasst und ein von den Fraktionen der SPD, der FDP und der b-now vorgelegtes Eckpunkt-papier nach längerer Debatte mehrheitlich bei Enthaltung der Fraktion der Grünen verabschiedet. Ein Änderungsantrag der Fraktion FWG-UBN, mit dem diese gefordert hat, dass der Bau-Turbo seinem Namen gerecht und nicht durch zusätzliche kommunale Vorgaben

selbst zum Hemmschuh werden soll, wurde mehrheitlich abgelehnt. Unter anderem enthielt der Antrag die Forderung, bei städtebaulich unproblematischen Einzelbauvorhaben auf zusätzliche kommunale Prüf- und Nachweispflichten zu verzichten sowie keine Mindestzahl von Wohneinheiten als Voraussetzung für eine politische Befassung festzulegen. Maßgebend sei vielmehr die tatsächliche städtebauliche Bedeutung: „so viel städtebauliche Steuerung wie nötig – so wenig Bürokratie wie möglich“, so der Antrag abschließend. FWG-UBN-Sprecherin Karin Birk-Lemper das zur Beschlussfassung vorgelegte Eckpunkte noch dazu als „viel zu lang“.

Auch der Änderungsantrag der CDU, das Eckpunkt-papier zunächst von der Bauverwaltung prüfen zu lassen und die Ergebnisse bis zur November-sitzung dem Stadtparlament zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen, fiel nur mit den Stimmen von CDU und FWG-UBN 16:17 knapp durch.

Eckpunkt-papier formuliert Ziele

Das Eckpunkt-papier zur Anwendung des der beschleunigten Schaffung von Wohnraum dienenden Bau-Turbos sieht unter anderem vor, dass die Stadt Neu-Anspach diese Möglichkeiten aktiv nutzen soll. Es formuliert hierfür die städtebaulichen Ziele und Leitlinien

im Hinblick darauf, einen transparenten und verlässlichen Orientierungsrahmen zu schaffen. Mit der Anwendung des Bau-Turbos soll die Stadt insbesondere zusätzlichen und bedarfsgerechten Wohnraum schaffen und dabei der Innenentwicklung und Nutzung vorhandener Infrastruktur den Vorrang lassen. Baulücken durch eine städtebaulich verträgliche Nachverdichtung, auch in „zweiter Reihe“, sollen bevorzugt genutzt werden, wobei Aufstockungen und behutsame Arrondierungen bestehender Siedlungsbereiche erleichtert werden sollen. Der Bau-Turbo, so die Antragsteller, soll insbesondere dort angewendet werden, wo zusätzlicher Wohnraum geschaffen

werden kann, ohne dass ein Bebauungsplanverfahren einen wesentlichen städtebaulichen Mehrwert erwarten lässt.

Ulrike Bolz (CDU) sah in dem Eckpunkt-papier der Oppositionsfraktionen lediglich eine Grundlage für das weitere Vorgehen. Es so wie vorgelegt zu beschließen, hieße aber, die eigentlich beim Hochtaunuskreis liegende Bauaufsicht auf die Stadtverwaltung zu übertragen und die „Arbeit von A nach B zu verschieben“. Kevin Kulp (SPD) zeigte sich über den FWG-UBN-Antrag „verwundert“, es handle sich dabei nicht um einen Änderungsantrag, „sondern um etwas völlig anderes“, er sei zu unkonkret und bleibe sogar noch hinter dem Vorschlag der Verwaltung zurück.

Kritik daran kam auch von den Grünen, dem Antrag sei so nicht zu folgen, da er der Umgehung bestehender Vorschriften „Tür und Tor öffne“, zunächst gelte es die angekündigte Handreichung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes abzuwarten, sagte Cornelia Scheer. Auch für Michaela Kundermann (Basis) war der Antrag der Unabhängigen zu unkonkret und damit nicht zustimmungsfähig. FDP-Sprecher Stefan Sterzbach sagte, der Erfolg des Bau-Turbo hänge nicht von der Länge des Papiers ab und mehr als eine Leitlinie solle das Eckpunkt-papier auch gar nicht sein. Die FDP sei jedoch bereit, den Änderungsantrag der FWG-UBN zu übernehmen.

ALEXANDER SCHNEIDER